

HT 2018: Verlierer der Zeitgeschichte? Südeuropa nach 1945

Veranstalter: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Datum, Ort: 25.09.2018–28.09.2018, Münster

Bericht von: Andreas Jünger, Rachel Carson Center for Environment and Society, Ludwig-Maximilians Universität München

Dass „Südeuropa“ wieder Beachtung in der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung erhält, ist zuvorderst der Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet. Auch die Geschichtswissenschaft scheint dies allmählich zum Anlass zu nehmen, die südeuropäischen Länder nach 1945 in den Blick zu nehmen.¹ In welcher Art und Weise dies geschieht und wie sehr auch die jüngere historiographische Forschung einflussreichen historischen Diskursen unterliegt, war unter anderem Gegenstand der nachfolgend behandelten Sektion.

PATRICIA HERTEL (Basel) eröffnete die Veranstaltung mit einem kurzen Abriss der Geschichte der südeuropäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg, die durch einen Aufstieg und Fall gekennzeichnet zu sein scheint. Als zentrale Referenz für die Betitelung Südeuropas als „Verlierer der Zeitgeschichte“ dienten Hertel die Debatten rund um die Eurokrise. Ausgehend von einem Cover des Magazins „Focus“² erläuterte sie das Ende der zuvor eher positiv konnotierten Wahrnehmung der Entwicklung der südeuropäischen Länder sowie die erneut zutage tretenden Unterschiede zwischen einem Norden und Süden Europas. Das Vorhandensein einer solchen Trennung sei während der Krise auch wieder mit „alten kulturalistischen Stereotypen“ begründet worden.

Im Anschluss präsentierte Hertel eine kurze Begriffsgeschichte „Südeuropas“ nach 1945. Während die Forschungsbezüge auf ein Konzept „Südeuropa“ in der Geschichtswissenschaft marginal geblieben seien, hätten die Sozialwissenschaften ähnliche Entwicklungen eines „südeuropäischen Modells“ herausgearbeitet. Insbesondere der Ost-West-Konflikt habe einen separaten Blick auf den Süden Europas verstellt: Die dortige Entwicklung, nicht zuletzt die späten Diktaturen, sei-

en als Sonderfälle der westeuropäischen Entwicklung gewertet worden. Im Zuge des Europäischen Integrationsprozesses sei hingegen das Konzept „Südeuropa“ wieder verstärkt in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen herangezogen worden, um die Unterschiede zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten zu analysieren. Dies, so Hertel, beschreibe die von Roberto Sala skizzierte „Inklusion durch Exklusion“. Die Einordnung Griechenlands und mitunter auch der Türkei nach „Südeuropa“ sei Ausdruck der Heterogenität des Modells.

Zentrale Leitfrage Hertels war, ob Südeuropa eine obsoletere oder doch fruchtbare Kategorie für die Zeitgeschichte sei, und welche Bedeutung das Konzept Südeuropa sowie die darin eingeschlossenen Länder für die europäische Zeitgeschichtsschreibung haben. Dazu präsentierte sie vier Thesen: Das Konzept „Südeuropa“ sei als homogener Raum aufgrund seiner beträchtlichen Unterschiede irreführend, es gebe jedoch „Zentrum-Peripherie-Dynamiken“, ähnlich zu Entwicklungen in Spanien, Portugal, Griechenland und Italien geführt hätten. Des Weiteren könne nicht von einem südeuropäischen „Sonderweg“ die Rede sein, sondern die Länder verdeutlichten nur in besonderer Weise eine gesamteuropäische Entwicklung. Die Eurokrise habe etwa in den Ländern des Südens das gescheiterte europäische Wachstumsmodell am stärksten zu Tage gebracht. Somit sei deren Geschichte „kein Sonderfall, sondern integrativer Bestandteil der europäischen Geschichte.“

Im zweiten Vortrag präsentierte CLARA MAIER (Hamburg) einen Vergleich des deutschen und spanischen Rechtsstaatsmodells. Als theoretischen Einstieg verwies sie auf Samuel Huntingtons Überlegung der „Third Wave of Democratization“, welche Südeuro-

¹Ein Beispiel ist etwa das Ende 2016 abgehaltene Symposium „Europas vergessene Diktaturen?“, vgl. Tagungsbericht: Europas vergessene Diktaturen? Diktatur und Diktaturüberwindung in Spanien, Portugal und Griechenland, 04.11.2016 – 05.11.2016 Weimar, in: H-Soz-Kult, 03.03.2017, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7037>.

²Titel: „Betrüger in der Euro-Familie. Bringt uns Griechenland um unser Geld – und was ist mit Spanien, Portugal, Italien?“, Fokus vom 22.10.2010.

pa als abgrenzbaren Raum habe sichtbar werden lassen. Diese Vorstellung sei für die Literatur ebenso prägend wie die damit zusammenhängende These einer konfessionellen Spaltung in Nord- und Südeuropa. Ziel von Maiers Vortrags sollte die Überwindung dieses Nord-Süd-Konfliktes sein, indem sie eine alternative Erzählung zur Demokratisierung in Europa ankündigte. Zentral dafür sei ihr Verständnis des Rechtsstaates bzw. *Estado de Derecho*. Dieser sei durch ein „spezifisches Verhältnis von Recht und Demokratie“ geprägt, was sich vor allem in der Kontrolle durch eine „unabhängige und über dem legislativen Prozess stehende Verfassungsgerichtsbarkeit“ manifestiere.

Im Falle Deutschlands sei die Ausgestaltung von Demokratie und Rechtsstaat nach 1945 maßgeblich von der Erfahrung der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus geprägt gewesen. Die Erfahrung, dass die Demokratie den Nationalsozialismus „zugelassen“ habe, habe zur Etablierung der Grundrechte als „vorgelagerte Rechte“ geführt. Diese seien absichtlich nicht dem „freien Spiel der demokratischen Willensbildung“ übergeben worden. Von den 1950er- bis in die 1970er-Jahren sei dann die Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts nach und nach erweitert worden. Letztlich sei das wesentliche Spezifikum des deutschen Rechtsstaats seine Herausbildung von starken Grundrechten zusammen mit einer unabhängigen Verfassungsgerichtsbarkeit.

Den Bogen vom deutschen zum spanischen Beispiel schlug Maier, indem sie auf den engen Austausch der deutschen und spanischen Rechtswissenschaft während des 20. Jahrhunderts verwies. Während Carl Schmitt unter anderem Juan Donoso Cortés rezipierte, seien einige spanische Juristen in den 1920er- und 1930er-Jahren entscheidend von Schmitt inspiriert worden. Vor allem Luis Legaz Lacambra habe dem Beispiel Schmitts folgend den Versuch unternommen, die Demokratie vom Parlamentarismus weg, der Diktatur hinzuzuzählen. Für die Nachkriegszeit hob Maier hervor, dass sich die faschistischen Analysen des Rechtsstaats entschieden gewandelt hätten. Das Regime habe sich fortan den Begriff *Estado de Derecho* angeeignet, was von katholisch-konservativen Kreisen voran-

getrieben worden sei. Elías Díaz García, Jurist und Kritiker des Franquismus, habe daraufhin deutlich gemacht, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gegenseitige Möglichkeitsbedingungen darstellten. In der Folge sei Díaz entscheidend am Aufbau einer liberalen Neukonzeptionierung des spanischen Rechtsstaatsverständnisses beteiligt gewesen. Abschließend unterstrich sie, dass die nach dem Tod Francos geschaffene Verfassung ein mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattetes Verfassungsgericht beinhaltete.

In ihrem Resümee stellte Maier Unterschiede und Gemeinsamkeiten der spanischen und deutschen Entwicklung beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie vor. In beiden Fällen sei die vertraute Logik der Rechtsstaatlichkeit entscheidend für die Aufstellung einer demokratischen Verfassung gewesen. Die BRD habe sich jedoch durch eine materielle Rechtsstaatlichkeit entscheidend vom NS-Regime abgegrenzt, während in Spanien der *Estado de Derecho* erweitert wurde. Die Zusammenschau der deutschen und spanischen Rechtsstaatsentwicklung könne wegführen von der bei Huntington vorgenommenen Abgrenzung Südeuropas. Stattdessen würden in der Gegenüberstellung des deutschen und spanischen Falles die „gemeinsamen Traditionslinien kontinentaleuropäischen Rechtsdenkens“ und der zugrundeliegende „spezifische Typus demokratischer Staatlichkeit“ sichtbar.

MASSIMILIANO LIVI (Trier) konzentrierte sich auf die Entwicklung des Sozialstaats in Italien, womit er die Frage nach der Existenz eines südeuropäischen Sonderweges verknüpfte. Dass die häufig anzutreffende Trennung Europas in Nord und Süd keinesfalls naturgegeben, sondern konstruiert ist, verdeutlichte Livi bereits zu Beginn anhand unterschiedlicher Einteilungen Europas. Die Nord-Süd-Trennung finde insbesondere in den Medien Verwendung und sei eng verbunden mit dem Vorwurf der ausgebliebenen Anpassung an „nordeuropäische“ Richtlinien in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik. Dies sei, so Livi, für Teile der Medien und Politik der Nachweis eines negativ konnotierten „südeuropäischen Sonderwegs.“ Im Zuge der Krise seien die südeuropäischen Staaten als „Verlierer der Wirtschaftskrise“ zugleich

als „Schuldige des Misserfolges des Europäischen Projekts“ angesehen worden. Daran anknüpfend stellte Livi ein Bündel an Fragen: Erstens, ob das präsentierte Deutungsmuster jenseits der Ökonomie tragfähig sei; zweitens, in welchem Maß man tatsächlich von spezifischen „südeuropäischen“ Entwicklungen in der Zeitgeschichte sprechen könne, und drittens, „inwieweit die Kategorie „Verlierer“ tatsächlich angewandt werden könne.

Als historisch entscheidenden Wendepunkt benannte Livi den Maastrichter Vertrag. Dieser habe einerseits zum Sozialstaatsabbau und zu neoliberalen Maßnahmen in Europa geführt, andererseits in den besonders betroffenen südeuropäischen Ländern ein Gefühl verursacht, „Verlierer der europäischen Integration“ zu sein. Die sehr ähnliche Prägung der Sozialpolitik in Südeuropa sei charakterisiert gewesen durch eine Fragmentierung der Maßnahmen, die Fokussierung auf den aktiven Arbeiter als Subjekt, Assistenzialismus, eine Klientelorientierung und die Nutzung als machtpolitisches Instrument der Parteien. Insgesamt habe das System auf Staatsverschuldung beruht.

In diesem Zusammenhang erläuterte Livi die aktuellen Entwicklungen in Italien, die als eine Reaktion auf den Verlust einer „autonomen Wohlfahrtspolitik“ zu verstehen seien. In der Sozialpolitik habe die Koalition aus Fünf-Sterne-Bewegung und Lega Nord „erstmalig seit 25 Jahren in Italien nicht Reform und Rationalisierung, sondern Erhöhung der staatlichen Ausgaben“ in Aussicht gestellt. Es handele sich um einen „neuartigen, kommunitaristischen, ethnonationalen und europakritischen Begründungskontext einer Welfare Community.“

Im weiteren Verlauf ging Livi auf die Entwicklung der italienischen Sozialpolitik nach 1945 ein. Zu Zeiten der Ersten Republik habe es keine universalistische Ausweitung des Welfare gegeben, sondern Sozialpolitik sei als regulierendes Element der Spannungen zwischen Politik, Wirtschaft und Wählerschaft eingesetzt worden. Es habe sich um eine individuelle Sozialpolitik gehandelt, die Erwerbs-, Mittel- und Arbeitslose ausschloss, und die Verantwortung stark auf die Ebene der Familie delegiert habe. Auch für die Zweite Republik konstatierte Livi ein „Modell

der gleichzeitigen Rollenaufwertung und der finanziellen Vernachlässigung der Familie.“ Die Staatsverschuldung als Charakteristikum des Sozialstaatsmodells sei durch die Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages jedoch nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen, vielmehr mussten die Staatsausgaben zurückgefahren werden. In der Folge hätten alle Regierungen keine substanziellen nationalen Reformen für die Konsolidierung des Sozialstaats auf den Weg gebracht. Nicht zuletzt durch die neoliberale Prägung aller Regierungen der letzten zwei Jahrzehnte sowie durch die Wirtschaftskrise sei die Schere zwischen Arm und Reich immer größer geworden. Folge sei eine Wahrnehmung als Verlierer, was unter anderem zu einer Zunahme nationaler und gegen die Globalisierung gerichteter Politiken geführt habe. In seinem Fazit betonte Livi, dass Italien „im europäischen Kontext mehr als ein Vorreiter als ein Sonderfall“ anzusehen sei, da ähnliche Transformationen des Politischen mit vergleichbaren Auswirkungen in der gleichen Zeitspanne auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten seien.

Im abschließenden Vortrag ging Patricia Hertel auf die verschiedenen Begrifflichkeiten und die damit verbundenen heterogenen Diskurse ein, die den südlichen Raum Europas beschreiben. Die Bandbreite reichte dabei von „Süden“, über „Südeuropa“ bis „Mittelmeer“. Auch innerhalb einzelner Länder gebe es Nord-Süd-Gefälle, die etwa mit *Le Midi* in Frankreich, *Mezzogiorno* in Italien und *Mourolândia* in Portugal ihren Ausdruck fanden. Trotz ihrer Heterogenität würden alle Konzepte gemeinsame Merkmale teilen. Dazu gehöre die Kopplung der Konzepte an „politische, ökonomische und kulturelle Machtstrukturen und Gefälle“, ihre Bedeutung als Fremd-, aber eben auch Selbstbilder innerhalb von nationalen Gemeinschaften, sowie der ihnen innenwohnende „Ausdruck von Vorstellungen der westlichen Moderne.“

Anschließend fokussierte Hertel sich auf den Begriff des „Südens“ und präsentierte verschiedene historische Diskurse, angefangen vom „rückständigen Süden“, über den „idealisierten Süden“, den „postkolonialen Süden“, bis hin zum „überschatteten Süden“. Sie erläuterte die Ursprünge und unterschiedlichen Nuancen der Diskurse, die im Falle des

„rückständigen Südens“ schon seit der Aufklärung von großer Wirksamkeit gewesen sein.

Die Historiographie, so Hertel, schenke bis heute Südeuropa ebenso wie anderen als peripher empfundenen Regionen nur geringe Aufmerksamkeit, was neben Faktoren wie Sprachkenntnissen insbesondere am Fokus der Geschichtswissenschaft läge. Dieser sei oftmals, wenn auch implizit, von historischen Diskursen geleitet und richte sich auf Räume, in denen die „Moderne“ vermutet werde oder auf „besonders erklärungswürdige Konflikte.“ Hertel resümierte, dass sich das Bild der „Verlierer der Zeitgeschichte“ zu bestätigen scheine, wenn man auf die historischen Diskurse und das schwache Interesse der Historiographie an Südeuropa blickt.

Zum Abschluss ging Hertel auf die eingangs aufgeworfene Frage der Zweckmäßigkeit einer analytischen Kategorie „Südeuropa“ ein. Auf historischer Ebene seien Begriffe wie der „Süden“ „wirkmächtige semantische Metaphern.“. Es sei wichtig, deren Herkunft und Geschichte zu kennen, um nicht in eine, wie Martin Baumeister es nannte, „Begriffsfalle“ zu tappen. Auf historiographischer Ebene unterstrich Hertel die Chancen der Kategorie „Südeuropa“ für Bereicherungen der europäischen Geschichte. Sie könne zur Dezentrierung und globalgeschichtlichen Einbettung der europäischen Geschichte beitragen, indem sie dazu anrege, klassische Zäsuren und Narrative zu überdenken und zum Teil heute noch vorhandene historische Deutungsmuster mit Blick auf die außereuropäischen Kolonialgebiete zu relativieren. Auf diese Weise könne „Südeuropa“ ein gewinnbringender Analysegegenstand sein.

Insgesamt war die Sektion von regem Interesse und lebhaften Diskussionen geprägt. Nachfragen aus dem Publikum richteten sich vor allem auf spezielle Aspekte der jeweiligen Vorträge. Inhaltlich ging die Sektion zwar kaum über einen bereits 2015 erschienenen Sammelband von Baumeister und Sala hinaus.³ Gleichzeitig war die Präsenz dieser Sektion auf dem Historikertag jedoch ein wichtiges Signal, dass Südeuropa ein lohnenswertes Forschungsfeld darstellt, trotz der anhaltenden Marginalisierung der zeithistorischen Spanien-, Portugal- und Griechenland-

forschung im Wissenschaftsbetrieb.

Für die Zukunft wäre es außerdem lohnend, die Kategorie „Südeuropa“ nicht nur aus Sicht der klassischen geschichtswissenschaftlichen Subdisziplinen wie der Sozial-, Kultur- oder Rechtsgeschichte zu beleuchten, sondern auch geschlechter-, migrations- und umwelthistorische Perspektiven stark zu machen. Hierbei bieten vor allem tagesaktuelle Themen wie der Klimawandel und die sogenannte Flüchtlingskrise wichtige Anknüpfungspunkte für zeitgeschichtliche Studien.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Patricia Hertel (Basel) / Robert Sala (Basel)

Patricia Hertel (Basel): Integration durch Exklusion: Portugal, Spanien, Italien und Griechenland in Westeuropa nach 1945

Clara Maier (Hamburg): Rechtsstaat und Estado de Derecho – Überlegungen zu einem Modell europäischer Demokratie

Massimiliano Livi (Trier): Südeuropäische Sonderwege? Kultur und Gesellschaft seit den 1970er Jahren

Patricia Hertel (Basel): Süden, Mittelmeer, Südeuropa: Diskurse der westlichen Moderne

Tagungsbericht *HT 2018: Verlierer der Zeitgeschichte? Südeuropa nach 1945*. 25.09.2018–28.09.2018, Münster, in: H-Soz-Kult 21.12.2018.

³ Martin Baumeister / Roberto Sala (Hrsg.), *Southern Europe? Italy, Spain, Portugal, and Greece from the 1950s until the present day*, Frankfurt/New York 2015.